

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/030(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 24.10.2008	Hasselbachsaal	14:00Uhr	17:15Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 29. 08. 2008
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
- 5.1 Haushaltsplan 2009
hier: - Stellenplan 2009
Vorlage: DS0450/08

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

- 5.2 Bericht an die Landeshauptstadt Magdeburg über die Ergebnisse der Benchmarkinguntersuchung der Bereiche Personalverwaltung und Bezügeverwaltung in ausgewählten Kommunen vom 09.05.2008
Vorlage: DS0405/08
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.3 Änderung der Rechnungsprüfungsordnung
Vorlage: DS0225/07
i.V.m. A0053/07 Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.4 Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement
Vorlage: I0237/08
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.5 Möglichkeiten der Bürgerinformation
Vorlage: I0037/08
BE: Oberbürgermeister
- 5.6 Public Corporate Governance Kodex (Leitlinien guter Unternehmensführung) der Landeshauptstadt Magdeburg für die Beteiligungen der Landeshauptstadt Magdeburg an privatrechtlichen Unternehmen.
Vorlage: DS0316/08
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.7 Beteiligungsbericht 2008
Vorlage: DS0457/08
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 6 Verschiedenes
- 7 Anträge
- 7.1 Ausstellung " Rosa Luxemburg 1871-1919"
Vorlage: A0142/08
Fraktion DIE LINKE
- 7.1.1 Ausstellung " Rosa Luxemburg 1871-1919"
Vorlage: S0189/08
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

7.2 Ehrung Saxn-Anhalt-Orchester i.V.m. 1. Änderungsantrag des
Kulturausschusses (nicht öffentlich)

Vorlage: A0145/08

CDU-Fraktion

7.2.1 Ehrung Saxn-Anhalt-Orchester

Vorlage: S0201/08

BE: Oberbürgermeister

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Alfred Westphal

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Vertreter

Stadtrat Olaf Czogalla

Stadtrat Carsten Klein

Stadtrat Walter Meinecke

Stadtrat Dr. Gerhard Reichel

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses **bestätigt**.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 29. 08. 2008

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig **bestätigt**.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Haushaltsplan 2009 hier: - Stellenplan 2009 Vorlage: DS0450/08

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz und der Leiter des Fachbereiches 01 Herr Borchers teil.

Der Beigeordnete I Herr Platz macht erläuternde Ausführungen zum Stellenplan 2009 und verweist auf die den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses ausgereichten Lesehilfe mit der Darstellung der Veränderungen im Stellenplan.

Den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses wird weiterhin ein Änderungsantrag bezüglich der Einrichtung zusätzlicher Stellen im Amt 50 und im Amt 37 vorgelegt.

Herr Platz nimmt Bezug auf die zusätzlichen Stellen im Bereich der Feuerwehr und begründet die Erforderlichkeit der Einrichtung. Er verweist dabei auf die EU-Arbeitszeitrichtlinie und die in diesem Zusammenhang in den vergangenen Jahren stark erhöhte Anzahl von Überstunden. Im Ergebnis geführter Gespräche wurde Übereinstimmung erzielt, keine Bezahlung der Überstunden zu leisten sondern für den Zeitraum 2009 – 2011 zusätzliche Stellen zum Überstundenabbau zu schaffen. Bis zum Jahr 2012 wird die heute bestehende Stellenanzahl wieder erreicht sein.

Der Fachbereichsleiter 01 Herr Borchers begründet die zusätzliche Stellenanzahl im Amt 50 und führt aus, dass es sich hierbei um Stellen handelt, die an die ARGE gegeben werden. Die Stadt muss einen Anteil städtischer Bediensteter in Höhe von 20 % gewähren. Die Personalkosten werden über den Verwaltungskostenanteil abgerechnet.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich für eine Reduzierung der Personalstellen auf Grund der Senkung des Verwaltungsaufwandes aus und begründet seine Auffassung unter Benennung eines Beispiel hinsichtlich eines gesunkenen Aufwandes der Antragsbearbeitung im Bauordnungsamt.

Der Beigeordnete I Herr Platz legt dar, dass in den vergangenen Jahren in der Verwaltung 500 Stellen auf Grund unterschiedlichster Maßnahmen abgebaut werden konnten. Dies hat aber auch zur Folge, dass jetzt in einigen Bereichen Probleme bei der Aufgabenerfüllung auftreten. Ungeachtet dessen muss die Thematik der Stellenreduzierung weiter verfolgt werden, z.B. um die auf Grund der Tarifverhandlungen entstandene Erhöhung der Personalkosten auszugleichen. Dies soll erfolgen, indem Arbeitsabläufe intensiv geprüft werden bzw. in Bereichen, in denen das Aufgabenvolumen rückläufig ist, geprüft wird, ob die vorhandene Stellenbesetzung gerechtfertigt ist.

Der Oberbürgermeister informiert über das jetzt aufgetretene Phänomen der Überlastungsanzeigen in einigen Bereichen und legt dar, dass jetzt genau geprüft werden muss, ob die Angemessenheit bei Stellenbesetzungen gegeben ist. Er informiert, dass im Fachbereich 01 und auch im Baudezernat eine Überprüfung der Arbeitsabläufe durch externe Prüfer erfolgen wird.

Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion DIE LINKE, unterstützt die Auffassung zur Stellenreduzierung auf Grund eines gesunkenen Verwaltungsaufwandes, sieht aber bestimmte Grenzen, wenn Aufgaben auf Grund fehlenden Personals nicht mehr erfüllt werden können. Vor diesem Hintergrund spricht er sich für konkrete Überlegungen dahingehend aus, welche Aufgaben noch in der Verwaltung erfüllt werden und welche Aufgaben z.B. an Dritte übertragen werden können.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, informiert über die Diskussion der personellen Situation des Baudezernates im Ausschuss StBV. Er führt aus, der Auffassung des Stadtrates Westphal nicht folgen zu können und legt Bezug nehmend auf das Beispiel Bauordnungsamt dar, dass, selbst wenn das Antragsvolumen rückläufig ist, hier noch weitere Aufgaben zu erfüllen sind.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, begründet seine Zustimmung zum vorgelegten Änderungsantrag. Im Weiteren geht er auf die Stadt-Umland-Thematik ein und hinterfragt bzgl. der Kosteneinsparungen die Gestaltung der interkommunalen Zusammenarbeit.

Der Beigeordnete I Herr Platz informiert, dass in den vergangenen Jahren seitens der Stadt einige Angebote wie z.B. die Zusammenlegung der Personalkostenabrechnung an umliegende Landkreise unterbreitet wurden. Diese wurden bisher jedoch nicht mitgetragen. Hierzu gilt es, weiter nachzudenken, wie neue Synergien geschaffen werden können.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass diese Problematik noch durch das aktuelle Urteil des Landesverfassungsgerichtes verschärft wird. Danach ist das Gesetz zur Bildung von Zweckverbänden zumindest bezüglich der Stimmverteilung verfassungswidrig. Er informiert im Weiteren, dass der Zweckverband aufgrund formeller Rechtsfehler auf keiner der bis dato stattgefundenen Sitzungen beschlussfähig war und damit noch keine Satzung verabschiedet werden konnte.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt unter Beachtung des Änderungsantrages mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0450/08 in seiner Sitzung am 04. 12. 2008 zu beschließen.

Hinweis: Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, verlässt die Sitzung.

- 5.2. Bericht an die Landeshauptstadt Magdeburg über die Ergebnisse der Benchmarkinguntersuchung der Bereiche Personalverwaltung und Bezügeverwaltung in ausgewählten Kommunen vom 09.05.2008
Vorlage: DS0405/08
-

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0405/08 in seiner Sitzung am 06. 11. 2008 zu beschließen.

- 5.3. Änderung der Rechnungsprüfungsordnung
Vorlage: DS0225/07
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

In seinen Erläuterungen zur Thematik geht der Beigeordnete I Herr Platz auf die Genese des Antrages A0053/07 und der DS0225/07 sowie die rechtliche Auffassung des Landesverwaltungsamtes (LVwA) ein. Insbesondere sieht er als Grundproblem der kontroversen Auffassungen zwischen Verwaltung und Politik die unterschiedliche Interpretation zur Stellung des Rechnungsprüfungsamtes und verweist darauf, dass das Rechnungsprüfungsamt auf der Grundlage der Regelungen der GO LSA dem Oberbürgermeister unmittelbar unterstellt ist.

Ergänzend führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass der Antrag A0053/07 aus juristischer Sicht rechtswidrige Formulierungen enthält, wogegen die in der DS0225/07 vorgelegten Änderungen der Rechnungsprüfungsordnung rechtskonform formuliert wurden.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist darauf, dass das Rechnungsprüfungsamt zwar dem Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung unterstellt ist, dieser aber keine Weisungsbefugnis besitzt. Er spricht sich für eine Beschlussfassung zum Antrag A0053/07 aus.

Der Oberbürgermeister legt klarstellend dar, dass er keine fachliche Weisungsbefugnis besitzt, die eigentliche Kontroverse jedoch in der Frage besteht, wem der Prüfbericht vorgelegt wird. In Beantwortung einer diesbezüglichen Nachfrage begründet er, warum der Prüfbericht zunächst ihm und erst mit seiner Stellungnahme dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt wird.

Der zur Sitzung als Gast anwesende Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge geht auf den Antrag A0053/07 ein und führt aus, dass es Anliegen des Rechnungsprüfungsausschusses sei, sich rechtzeitig mit dem Prüfbericht zur Jahresrechnung befassen zu können. Eine Umsetzung des in der DS0225/07 vorgeschlagenen Verfahrens würde dazu führen, dass aus dem Stadtrat heraus erneute Prüfaufträge erteilt werden, mit denen sich der Rechnungsprüfungsausschuss erneut befassen muss. Anliegen des Antrages sei es, die Arbeit des Ausschusses generell zu regeln.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, gibt den Hinweis, dass in anderen Bundesländern die Rechtsstellung des Rechnungsprüfungsamtes unterschiedlich geregelt ist und spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag A0053/07 aus.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0225/07 in seiner Sitzung am 04. 12. 2008 nicht zu beschließen.

5.3.1. Rechnungsprüfungsordnung Vorlage: A0053/07

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0053/07 in seiner Sitzung am 04. 12. 2008 zu beschließen.

Der Oberbürgermeister kündigt an, im Fall der Beschlussfassung des Stadtrates zum Antrag A0053/07 Widerspruch einzulegen.

5.4. Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement
Vorlage: I0237/08

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz erklärt seine Bereitschaft, bei Bedarf in den einzelnen Fraktionen eine Erörterung der Thematik vorzunehmen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

5.5. Möglichkeiten der Bürgerinformation
Vorlage: I0037/08

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

5.6. Public Corporate Governance Kodex (Leitlinien guter Unternehmensführung) der Landeshauptstadt Magdeburg für die Beteiligungen der Landeshauptstadt Magdeburg an privatrechtlichen Unternehmen.
Vorlage: DS0316/08

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen (Bg II) Herr Zimmermann und der Mitarbeiter der Beteiligungsverwaltung (II/01) Herr Koch teil.

Der Beigeordnete II Herr Zimmermann macht erläuternde Ausführungen zur Drucksache und verweist dabei insbesondere auf die in der Präambel der Leitlinien aufgeführten Zielstellungen.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Czogalla, SPD-Fraktion, hinsichtlich der Aufnahme einer Formulierung zur Teilnahme an den Sitzungen der Gesellschafterversammlungen führt der Oberbürgermeister aus, dass dies keine Pflicht ist.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf die in den Leitlinien aufgeführten Beschlusszuständigkeiten der Gesellschafterversammlung, speziell zu Verträgen der Gesellschaft mit Gesellschaftervertretern und hinterfragt die Praktikabilität dieser Zuständigkeitsregelung.

Im Weiteren legt er seine Auffassung zu den Zuständigkeiten sowie zur Zusammensetzung von Gesellschafterversammlungen dar und kündigt an, für die Behandlung der Drucksache im Stadtrat entsprechende Anträge einzubringen.

Der Beigeordnete II Herr Zimmermann führt aus, dass dies als allgemeine Regelung zu betrachten sei, da die Gesellschafterverträge schrittweise verändert werden sollen. Insbesondere legt er dar, dass diese Vertragsanpassungen immer dann erfolgen, wenn sich sowieso vertragliche Änderungen ergeben.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf die Regelungen zur Zuständigkeit bei der Neubesetzung von Geschäftsführerpositionen und merkt kritisch an, dass diese bisher im Dezernat III angesiedelt war und jetzt dem Dezernat I zugeordnet wurde. Er legt seine Auffassung dar, dass es sich bei Geschäftsführerbesetzungen nicht nur allein um Personalentscheidungen handelt, sondern auch wirtschaftliches Wissen gebraucht wird.

Der Oberbürgermeister verweist klarstellend darauf, dass die Aufgabenwahrnehmung des Beteiligungsmanagements im Dezernat III im Zusammenhang mit den erfolgten Umstrukturierungen von Gesellschaften erfolgte. Nachdem diese abgeschlossen sind, gibt es keinen Bedarf, die Stelle im Dezernat III wieder zu besetzen. Die Aufgaben der Beteiligungsverwaltung wurden deshalb wieder im Dezernat II zusammengeführt.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug auf die Punkte des Beschlussvorschlages und legt dar, dass bei einer Beschlussfassung zum Punkt 1 die Beschlusspunkte 3 und 4 nicht in der vorliegenden Form beschlossen werden können. Er verweist darauf, dass die Leitlinien durch den Stadtrat beschlossen werden und die Verwaltung dann nicht die Leitlinien an die Gesellschaften anpassen kann, sondern die Gesellschaften müssen an die Leitlinien angepasst werden.

Herr Koch legt klarstellend zum Anliegen des Beschlussvorschlages dar, dass sich auf Grund von gesetzlichen Änderungen z.B. bei einer Modifizierung der GO LSA oder des GmbH-Gesetzes die Erforderlichkeit ergibt, die Leitlinien diesen Änderungen anzupassen. Dabei wird davon ausgegangen, dass es keine wesentlichen Änderungen sind. Über diese Änderungen wird der Stadtrat dann umgehend informiert.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, legt seine Auffassung nochmals dar, dass alle Gesellschaftsverträge durch den Stadtrat beschlossen werden und erforderliche Änderungen ebenfalls dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen. Er stellt den Antrag, den Punkt 4 des Beschlussvorschlages diesbezüglich entsprechend zu ergänzen.
(wird als Änderungsantrag DS0316/08/1 des Verwaltungsausschusses zur Beschlussfassung im Stadtrat vorgelegt)

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0316/08 unter Beachtung des Änderungsantrages in seiner Sitzung am 06. 11. 2008 zu beschließen.

5.7. Beteiligungsbericht 2008 Vorlage: DS0457/08

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0457/08 in seiner Sitzung am 04. 12. 2008 zu beschließen.

Hinweis: Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, verlässt die Sitzung.

6. Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

7. Anträge

7.1. Ausstellung " Rosa Luxemburg 1871-1919" Vorlage: A0142/08

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0142/08 zu beschließen.

7.1.1. Ausstellung " Rosa Luxemburg 1871-1919" Vorlage: S0189/08

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7.2. Ehrung Saxn-Anhalt-Orchester i.V.m. 1. Änderungsantrag des Kulturausschusses (nicht öffentlich) Vorlage: A0145/08

Stadtrat Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, begründet seine Auffassung hinsichtlich des nichtöffentlichen Charakters des Antrages.

Im Weiteren regt er an, die Thematik Ehrenbotschafter generell zu diskutieren mit der Zielstellung, diese Auszeichnung regelmäßig vorzunehmen.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, informiert über die Beratung des Antrages im Kulturausschuss und begründet den vorliegenden Änderungsantrag.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0145/08 unter Beachtung des Änderungsantrages A0145/08/1 des Ausschusses K zu beschließen.

Hinweis: Im Nachgang zur Sitzung erhält der Antrag A0145/08 der CDU-Fraktion den Öffentlichkeitsstatus – *nichtöffentlich* -.

7.2.1. Ehrung Saxn-Anhalt-Orchester
Vorlage: S0201/08

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Protokollantin